

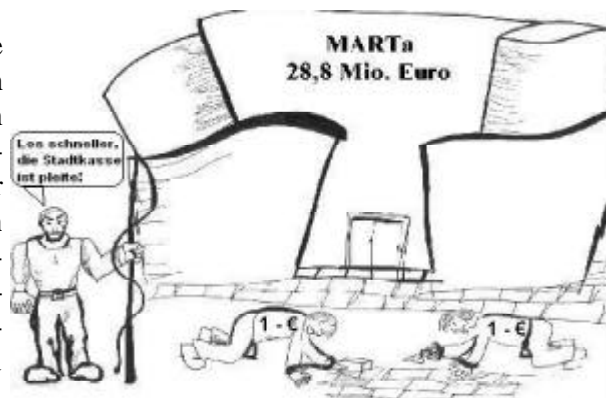
Sozialab- und PalastbauerInnen feiern

Am 7. Mai wird das MARTa - Museum unter tatkräftiger Mithilfe des Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement eröffnet. Entgegen aller Unkenrufe passen in diesem Fall Kunst und Sozialabbauer prima zusammen.

Die Stadtoberen und ihre Untergesellschaften scheuen weder Kosten noch Mühen, um dieses denkwürdige Ereignis feierlichst zu begehen. Das Museum kostet den Steuerzahler 28,8 Mio. Euro und belastet darüber hinaus den städtischen Haushalt mit mindestens 1,5 Mio. Euro jährlichen Betriebskosten. MARTa steht neben dem Elsbachbau (ca. 20 Mio. Euro) und dem Güterbahnhof (1,5 Mio. Euro) für die Verschwendung öffentlicher Mittel zu Gunsten einer übersichtlichen Bevölkerungsschicht mit weitreichenden Folgen für alle. Die rund um die Goebenstraße verprassten Millionen fehlen an anderer Stelle. Die Schulen und Straßen sind nach wie vor in bescheidenem Zustand, Personalstellen werden bei der Stadt gestrichen, ehemals von städtischen Mitarbeitern oder Herforder Unternehmen ausgeführte Arbeiten werden von 1-Euro-Leuten übernommen. Wer weiß, wie viele Generationen Herforder BürgerInnen noch die Schulden der Herforder Großmannssucht mit Geld und dem Abbau städtischer Leistungen bezahlen müssen. Jeder Euro, der in Prestigeobjekte wandert, wird den „normalen Bürger“ teuer zu stehen kommen. Damit liegt die Herforder Stadtpolitik im Bundestrend. Wohl nicht ohne Grund haben die Stadtoberen Bundesminister Clement als Stargast zur Eröffnung von MARTa eingeladen, steht Clement doch für eine analoge Verteilungspolitik auf Bundesebene.

„Arbeit muss billiger werden“

Unter diesem Motto haben Clement und seine Spießgesellen aus Regierung und Opposition in den vergangenen Jahren den massivsten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik durchgesetzt. Zwecks Steigerung der Unternehmensgewinne wurden Leistungen der Krankenversicherungen, der Rentenversicherungen und der Arbeitslosenversicherungen gekürzt. Geldleistungen für Langzeitarbeitslose wurden unter Sozialhilfeniveau gedrückt.



Nahezu rechtlos werden Menschen dank der Clementschen Politik, die über ein Jahr lang arbeitslos sind. Sie sind gezwungen zum Wohle der Wirtschaft jeden noch so niedrig bezahlten Job, auch 1,50-Euro-Jobs, anzunehmen. Der dadurch entstandene Druck auf die „Normalbeschäftigten“ führte zu einem teilweise drastischen Absinken der Löhne. Lohnverzichts- und Arbeitszeitverlängerungsersparungen der Unternehmen sind dank der Regierungspolitik heute alltäglich.

Die Politik Clements und seiner Kumpane zeigte Wirkung: Die Reichen wurden immer reicher, die Unternehmensgewinne stiegen ebenso wie die Arbeitslosenzahlen. Was sinkt, sind die Unternehmenssteuern, die Reallöhne, die Rentenansprüche und die Zahl der tariflich bezahlten Beschäftigten. Das alles ficht Clement nicht an. Weitere Kürzungen von Sozialleistungen und Unternehmenssteuern sind angekündigt. Neben anderen PolitikerInnen ist Clement ein toller Stargast für die MARTa-Eröffnung. Es passt wie die Faust aufs Auge, denn MARTa und Clement stehen für das Gleiche: **Eine Politik zu Ungunsten des einfachen Bürgers zu Gunsten selbsternannter Eliten, die von nichts anderem leben als vom Geld und der Arbeit der von ihnen so verachteten „kleinen Leute“.**

Grund genug, die MARTa-Eröffnung und den Besuch der „Ehren“gäste zum Protest gegen diese Umverteilungspolitik in Bund, Land und Stadt zu nutzen:

DEMONSTRATION

GEGEN

MARTa, Hartz & Clement

Veranstalter: „genug ist genug“ **Datum:** Samstag, 7. Mai 2005

Uhrzeit: 11.00 Uhr **Ort:** Herford/ Neuer Markt

Superpleiteminister eröffnet Pleitemuseum MARTa

Der "Superminister" für Wirtschaft, Arbeit und Soziales Wolfgang Clement (SPD), tut, was er am besten kann: Er widmet sich dem nächstbesten Pleiteprojekt. Bei der unbeirrbareren Verfolgung seines Lebensmottos "Nach dem Reinfall ist vor dem Reinfall", führt ihn sein Weg am 7. Mai nach Herford, wo er sich aus Anlass der Eröffnung des "MARTa-Museums" die Ehre gibt. Nun ist MARTa zwar ein Millionengrab, aber das ist für Clement kein Grund, kleinlaut den Schwanz einzuziehen. Schließlich kann er selber auch mit Millionen Zahlen aufwarten. Unter seiner Schirmherrschaft ist die Zahl der Arbeitslosen erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik auf 5,21 Millionen gestiegen. Clement gibt sich bescheiden: Er spricht von einem „Ende der Dunkelziffer“ und davon, dass jetzt endlich ehrlich Bilanz gezogen würde, weil erstmals die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger in der Statistik auftauchten.

Man traue nur der Statistik...

Clement verschweigt allerdings, dass er gleichzeitig viel dafür getan hat, die Arbeitslosenzahl herunter zu mogeln. Unter seiner Mitwirkung wurde z.B. ein Gesetz erlassen, wonach all jene nicht mehr als arbeitslos gezählt werden, die in so genannten "arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen" stecken. Ebenso fehlen die Frührentner, Menschen in Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, 1-Euro-Jobber und die stille Reserve von Leuten, die nirgendwo gemeldet sind und längst aufgegeben haben. Die reale Arbeitslosigkeit liegt eher bei 7 bis 8 Millionen Menschen.

Ihnen stehen 38 Millionen Berufstätige gegenüber, von denen 22 Mio. Beschäftigte aus Mini- und 1-Euro-Jobbern, Ich-Ag's, Gelegenheits- und Teilzeitarbeitern sowie Beschäftigten in Personalserviceagenturen bestehen. **Gerade mal 16 Mio. Menschen arbeiten in Vollzeit!** Und auch diese sind ständigen Lohnsenkungserpressungen ausgesetzt und müssen immer mehr unbezahlte Mehrarbeit leisten. Clement hält all das für gute Gründe, den Reformkurs fortzusetzen.

Sein Lieblingskind: Die Hartz IV-Reform

Hier sieht die Zwischenbilanz furchtbar aus. Die Betroffenen werden allen gegenteiligen Versprechungen zum Trotz wie Schwarze-Peter-Karten zwischen den Behörden hin und her geschoben; eine Perspektive bietet ihnen niemand. In seiner Not will sich Clement wenigstens ganz auf die Jugendlichen konzentrieren: Bis Ende des Jahres soll kein Jugendlicher länger als drei Monate ohne Beschäftigung sein. Was solche Versprechungen wert sind, zeigt ein kurzer Rückblick:

Clement 2001:

„Mein Ziel ist es beispielsweise bis zum Jahre 2005 in Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosigkeit aufs ganze Land gesehen unter sechs Prozent zu bringen und die Jugendarbeitslosigkeit faktisch auf Null.“

Clement im Frühjahr 2005:

„Wir haben alle gelernt, dass solche Zielgrößen zu haben, nicht sinnvoll ist.“

Clement, Held aller Lohndrücker

Neben den Arbeitslosen nimmt Clement auch die Beschäftigten gern aufs Korn.

So ist er beispielsweise der neuen Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union gegenüber sehr aufgeschlossen. Nach dieser Richtlinie sollen Menschen in allen EU-Ländern zu den rechtlichen und tariflichen Bedingungen ihres jeweiligen Heimatlandes arbeiten können. Ziel dieser Richtlinie ist, Arbeiter aus Billiglohnländern einzusetzen, um das Lohnniveau zu drücken. In Berufszweigen wie Fleischer, Fliesenleger und Dachdecker, aber auch bei der ambulanten Pflegekräften, sind inzwischen Fakten geschaffen worden, die kaum mehr revidierbar erscheinen. In einigen Regionen gehört tariflich entlohnte Beschäftigung in diesen Branchen bereits der Vergangenheit an. Wenn formal selbstständige Handwerker und Dienstleister ihre Arbeit für 4 Euro oder weniger pro Stunde anbieten, sind Tarifverträge, selbst wenn sie wie in der Bauindustrie für allgemeinverbindlich erklärt werden, ebenso wirkungslos wie gesetzliche Mindestlöhne.

Wenn die Bundesregierung jetzt Verhandlungen beipiels-



Fortsetzung von Seite 2

weise mit der polnischen Regierung über die Beschränkung der Tätigkeit von Scheinselbstständigen ankündigt, klingt das reichlich verlogen. Schließlich sind die noch vor wenigen Monaten als arbeitsmarktpolitische Wunderwaffe gepriesenen »Ich-AG« nichts weiter als die schwarz-rot-grün-gelbe Variante der polnischen Ein-Mann-Handwerksbetriebe. Umso widerwärtiger sind die ausländerfeindlichen Untertöne in der Debatte um die osteuropäischen Dumpingarbeiter, zumal die wahren großen Nutznießer die Auftraggeber sind, die ihre Lohnkosten senken, und natürlich der ideale Gesamtkapitalist, da die Lohn-dumpingwelle auch auf andere Branchen ausstrahlt. Das europäische Kapital jedenfalls ist damit seinem Ziel, auch in Deutschland einen möglichst breiten Niedriglohnsektor zu schaffen, ein großes Stück näher gekommen.



Auch für die Verbraucher hat Wolfgang Clement ganz tolle Pläne. Da er gern den stromintensiven Industrien die Hälfte der Stromrechnung erlassen würde, müssten zum Ausgleich die Rechnungen der normalen Strombezieher erhöht werden. Es geht um eine Umverteilung von etwa 2,7 Milliarden Euro. Die Umlage würde die Normalverbraucher ca. 80 Euro pro Jahr kosten. Ursprünglich stammt diese Idee übrigens von den Energieerzeugern E.ON und RWE.

Darf es ne Million mehr sein?

Das MARTa-Projekt zeigt im Mikrokosmos Klein-Herfordchen, was dabei herauskommt, wenn eine Laienspieler-schar eine Oper in der "Mailänder Skala" oder dem "La Fenice" in Venedig auf die Bühne bringen will. Durch die ganze MARTa-Geschichte zieht sich ein roter Faden: Pleiten, Pech und Pannen. Sah das Drehbuch im Jahr 1999 noch rund 15 Mio. Euro Baukosten vor, so haben die Protagonisten unter dem Motto „The Sky is the Limit“ bisher 28,8 Mio. Euro aus dem Fenster geworfen.

Die Begründungen für die Kostensteigerungen zeigen, welche großartigen Universaldilletanten am Werke waren und sind: Zunächst hatte man schlichtweg die Kapitalkosten, sprich die Kredite Zinsen kosten, bei der Finanzplanung „vergessen“. Macht 1 Mio. Euro mehr. Dann "verteuerte sich" die futuristische Dachkonstruktion um 1 Millionen Euro. Die dann „überraschend“ auftauchenden 2,5 Millionen Euro Mehrkosten begründete der im MARTa-vernebeln erfahrene Ex-Bürgermeister Gabriel mit "Detailplanung, Designvorhaben, Honorar-, Gutachter- und Beratungskosten". 2004 verkündigte Gabriel, dass sich die Baukosten um eine weitere Millionen Euro teurer würden. So sei das eben bei derartigen Bauprojekten hieß es dazu aus Stadtratskreisen.

Überhaupt war 2004 das Superjahr für das Schilda an der Werre. 800 „Ehregäste“ der ursprünglich im November geplanten MARTa-Eröffnung mussten eingeladen werden. Ebenso erfinden für die erste Ausstellung geordneten Kunstwerken. Das Museum war nicht rechtzeitig fertig geworden. Über die sicherlich nicht geringen Kosten dieses Patzers schweigen sich die Verantwortlichen bis heute aus. Damit der unnötigen Kosten nicht genug.

2004 wurde urplötzlich festgestellt, dass die erworbenen Möbel für das Restaurant unbequem, das Parkplatzpflaster für Stöckelschuhe ungeeignet und Toilettenanlagen schlicht vergessen worden waren. Diese und andere Missgeschicke verteuerten den Bau zu Weihnachten kurzerhand noch einmal um 3,8 Mio. Euro. Um einen Konkurs MARTas abzuwenden lief der Rat zur Höchstform auf und beschloss innerhalb von 4 Tagen weitere 3,8 Millionen Euro in das Pleite-Projekt zu stecken. Ein tolle Leistung, wenn man bedenkt, wie bokkig sich die Stadt bei weit aus wichtigeren Dingen, wie z.B. den noch immer ausstehenden Schulrenovierungen oder bei der Finanzierung von Sozialeinrichtungen anstellt.

Mittlerweile sind die Kosten für MARTa bei 28,8 Mio. Euro angekommen. 14,1 Mio. Euro kommen von der Stadt Herford. Die restlichen Millionen haben Kreis und Land finanziert. Die jährlichen Betriebskosten in Höhe von 3,2 Mio. Euro gehen größtenteils zu Lasten der Stadtkasse, zumal die ehemals prophezeiten 80.000 Besucher nunmehr auf 30.000 korrigiert wurden. Aber selbst wenn MARTa nach der Eröffnung wahre Völkerwanderungen von BesucherInnen auslösen würde, muss die Stadt Herford jährlich mindestens 1,5 Millionen bei den Betriebskosten zuschiessen. Wo dieses Geld eingespart wird, dürfte klar sein. Des einen Freud ist eben des anderen Leid. Wie immer.

2004 - Jahr der Gewinnrekorde

Was haben die Wirtschaftsexperten und ihre Politiker in letzten Jahren uns alles weis machen wollen, dass wir den Gürtel enger zu schnallen haben, damit es endlich wieder bergauf geht. Sie haben gejammert und gepredigt was das Zeug hält.

Und was hat es gebracht ?

Die Gewinne der Dax-30 Unternehmen stiegen im Geschäftsjahr 2004 um satte 60 Prozent an. Die Dividendenausschüttung im letzten Jahr stieg auf 15 Milliarden Euro, macht 40 Prozent mehr als im Rekordjahr 2000.

Auch die Vorstände belohnten sich mit zweistelligen Prozentzuschlägen auf ihre Gehälter. Dabei sind die deutschen Bosse im Abkassieren in Europa ohnehin schon Spitze. Ihre Bezüge liegen um 30 Prozent über EU-Niveau. Rekordgewinne und Arbeitszeitverlängerung, Superdividenden und Arbeitsplatzvernichtung, Vorstandsabzocke und Lohnverzicht – während alle von Krise reden, legen die Konzerne und ihre Bosse das profitabelste Jahr ihrer Geschichte hin.

Doch damit nicht genug:

Die Bundesregierung setzt noch eins drauf. Ihre Unternehmenssteuerreform brachte es mit sich, daß heute die Raucher via Tabaksteuer weit mehr zur Finanzierung des Staates beitragen als alle Konzerne und kleinere Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) zusammen. Die Körperschaftsteuer ist zur Bagatellsteuer geschrumpft. Damit dem Top-Management und anderen Spitzenverdienern noch mehr von ihrer Abzocke bleibt, wurde im Zuge der letzten Stufe der Steuerreform ab Januar dieses Jahres der Spitzensteuersatz erneut um drei Prozentpunkte gesenkt. Ein Einkommensmillionär muß 2005 um über 30.000 Euro weniger

an Steuern zahlen als im Vorjahr – so viel verdient ein Durchschnittsverdiener gerade mal im ganzen Jahr. In anderthalb Legislaturperioden senkte die SPD/Grüne-Regierung den Spitzensteuersatz um elf Prozentpunkte – Jahrzehnte davor blieb er unverändert auf 53 Prozent. Einem Einkommensmillionär bleiben gute 100.000 Euro mehr im Jahr.

Gegenfinanziert werden diese Steuergeschenke an die Spitzenverdiener von etwa 3 bis 4 Milliarden Euro weitgehend durch die Einsparungen bei den Langzeitarbeitslosen im Zuge der Hartz Reformen. 1,7 Millionen Langzeitarbeitslose werden dafür per Gesetz »Hartz IV« zu einem Leben in Armut verurteilt. Es sind jene 75 Prozent der bisherigen Arbeitslosenhilfe-Empfänger, die seit Januar dieses Jahres keine oder eine geringere öffentliche Unterstützung erhalten. Insgesamt 2,3 Millionen bisherige Arbeitslosenhilfe-Empfänger müssen dann ein Leben nach »Regelsatz« mit 345 Euro (West) / 331 Euro (Ost) im Monat fristen. Menschen, die man erst einmal nach ganz unten gestoßen hat, kann man dann auch Jobs zumuten, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel einbringen. »Fordern und fördern« nennt die SPD/Grüne-Regierung dieses Konzept, das im Kern darin besteht, daß die Arbeitslosen für ihre Lage selbst verantwortlich gemacht werden, wodurch man ihnen so ziemlich alles zumuten kann, was nicht direkt sittenwidrig ist.

Ein Ende dieser Politik ist nicht in Sicht. Im Gegenteil, die „Reform“-Konzepte aus Wirtschaft und Politik überschlagen sich von Tag zu Tag - und daran wird sich auch solange nichts ändern, bis sich die Betroffenn zur Wehr setzen und den Chefs aus der Wirtschaft die Verarmten-Nummer eben nicht mehr abnehmen, sondern sie auslachen, wenn sie Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung (dazu gehören auch die Lohn„nebenkosten“) als Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit verkünden.

Beteiligt euch aktiv an den Protesten gegen Sozialabbau und Lohnkürzungen!

**Zeigt auf der Straße, was ihr von der Umverteilungspolitik
à la MARTa und Agenda 2010 haltet!**

Nichtwählen ist auch eine Wahl - macht ein großes Kreuz auf den Wahlzetteln!

Wir über uns

Wir sind eine unabhängige Gruppe aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen will, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jedeN, der/die uns bei unseren Aktivitäten unterstützt.



Kontakt: genug ist genug, Tel.: 05221-389746, email: kontakt@genugistgenug.net, www.genugistgenug.net, V.i.S.d.P.: K. Gehrke